Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 2 GO LT

Abgeordneter Christian Calderone (CDU)

Personaleinsatz für die Aktenvorlage zum 26. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 10.11.2026

Am 8. April 2026 beschloss der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen ein Aktenvorlagebegehren zum Themenkomplex „Wegen Korruption angeklagter Staatsanwalt aus Hannover“.[1] Am 1. Juni 2026 fasste der 26. Parlamentarische Untersuchungsausschuss einen im Wesentlichen deckungsgleichen Beschluss zur Aktenvorlage.[2]

Der Obmann der SPD-Fraktion im 26. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Wiard Siebels, erklärte in einer Pressemitteilung vom 28. Oktober 2026, der Ausschuss habe „vor allem unsere Justizbehörden lahmgelegt“.[3]

1. Wie viele Beschäftigte waren vom 8. April bis zum 31. Mai 2026 mit der Bearbeitung der Aktenvorlage für den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen befasst (bitte für April und Mai jeweils nach den einzelnen beteiligten Behörden aufschlüsseln und die Anzahl der eingesetzten Personen, getrennt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten einschließlich der jeweiligen Beschäftigungsumfänge, sowie die tatsächlich für die Aktenbearbeitung eingesetzten Vollzeitäquivalente angeben)?
2. Wie viele Beschäftigte waren vom 1. Juni bis zum 28. Oktober 2026 mit der Bearbeitung der Aktenvorlage für den 26. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss befasst (bitte für jeden Monat und jede beteiligte Behörde entsprechend Frage 1 aufschlüsseln, insbesondere für das Justizministerium, die Staatsanwaltschaft Hannover, die Generalstaatsanwaltschaft Celle, das Innenministerium, das Landeskriminalamt Niedersachsen sowie die übrigen beteiligten Polizei- und Justizbehörden)?
3. Schließt sich die Landesregierung der Einschätzung des Obmanns der SPD-Fraktion an, dass der 26. Parlamentarische Untersuchungsausschuss bisher vor allem die Arbeit der Justizbehörden lahmgelegt habe (bitte mit Begründung)?

[1] Niederschrift über die 80. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, TOP 7, S. 25

[2] Beweisbeschluss des 26. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 1. Juni 2026, Ziff. 1 und 2, zu Abschnitt I Nrn. 1 bis 3 und 5 bis 11 des Landtagsbeschlusses vom 27. Mai 2026, Drs. 19/10745

[3] SPD-Fraktion Niedersachsen, Pressemitteilung Nr. 19/887 vom 28. Oktober 2026.

(verteilt am 11.11.2026)